

II-1601 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 785/J

1980 -10- 14

A n f r a g e

der Abgeordneten DR. STIX, DR. OFNER, DW. JOSSECK, PROBST
an die Bundesregierung
betreffend Zivilschutz - angemessener Beitrag der Bundesregierung zu
einem umfassenden Schutzraumbauprogramm

In einer an die Bundesregierung gerichteten schriftlichen Anfrage vom
18.6. d.J. (Nr. 616/J) haben die gefertigten Abgeordneten eindringlich
darauf hingewiesen, daß die Forcierung des in Österreich bisher gröblich
vernachlässigten Schutzraumbaus ein Anliegen von übergeordneter Bedeutung
und staatspolitischer Dimension darstelle, welches der Bundesregierung -
ungeachtet der bestehenden Kompetenzaufteilung - weit mehr abverlange als
bloßes Administrieren, nämlich echte Initiativen bzw. konkrete Maßnahmen.

In der gegenständlichen Anfragebeantwortung (646/AB) wurde u.a. ausgeführt,
daß sich die Bundesregierung der Bedeutung, die dem Schutzraumbau im Rahmen
einer umfassenden Landesverteidigung zukommt, bewußt sei, daß eine Lösung
des damit verbundenen finanziellen Problems aber nur dann vorstellbar er-
scheine, "wenn ein Konsens aller Gebietskörperschaften auf breiter Ebene
gefunden werden kann und vor allem bei der Bevölkerung die notwendige
Unterstützung findet".

In dieser Feststellung sowie in dem Vorhalt, daß "ein großangelegtes
Schutzraumprogramm aufgrund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen
und finanziellen Möglichkeiten derzeit nicht durchführbar" sei, besteht
der eigentliche Kern der Anfragebeantwortung, da die übrigen Hinweise
lediglich punktuelle Maßnahmen in Teilbereichen betreffen, die den Anfrage-
stellern ohnehin seit langem bekannt sind.

Daß eine wirklich ausreichende Finanzierung des Schutzraumbaus einen
Konsens auf breitester Ebene zur Voraussetzung hat, ist ebenso unbestritten
wie die Tatsache, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und finan-
ziellen Möglichkeiten einem großangelegten Schutzraumprogramm derzeit im
Wege stehen.

- 2 -

Gerade wegen dieser derzeitigen Hindernisse erscheint es ja so dringend geboten, daß die Bundesregierung von sich aus die Initiative ergreift. Hier sei wiederholt, was bereits in der schriftlichen Anfrage vom 18.6.d.J. nachdrücklich festgestellt wurde: "Genau dort, wo verantwortungsbewußte Politik eben mehr ist als verwalten, dürfen bestehende Kompetenzabgrenzungen nicht den Charakter unübersteigbarer Hürden für zielführende Aktivitäten haben, müssen Mittel und Wege gefunden werden, ein im vitalen Interesse aller Österreicher liegendes Ziel zu verwirklichen. Was hier not tut, ist eine enge und initiative Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, wofür etwa Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG den entsprechenden Rahmen abgeben können."

Genau auf diesen entscheidenden Gesichtspunkt geht die Anfragebeantwortung überhaupt nicht ein, und auch die konkrete Frage, ob die Bundesregierung bereit sei, zugunsten eines forcierten Schutzraumbaues im ganzen Bundesgebiet von sich aus initiativ zu werden, wurde lediglich mit dem Hinweis auf Gespräche auf der Ebene des Arbeitsausschusses "Z" abgetan, die zwischen den Zentralstellen und den Bundesländern bereits im Gange seien. Es ist klar, daß solche auf Beamten- und Funktionärebene bestehenden Kontakte, so nützlich sie sein mögen, kein Ersatz für einen echten politischen Anstoß von seiten der Bundesregierung sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

1. Werden die Möglichkeiten einer Initiative der Bundesregierung zugunsten eines forcierten Schutzraumbaues im ganzen Bundesgebiet ehest im Rahmen einer Ministerratssitzung eingehend beraten werden?
2. Bis wann wird die Bundesregierung einen Maßnahmenkatalog bezüglich ihres Beitrages zu einem umfassenden Schutzraumbauprogramm vorlegen?